

Parlamentarischer Vorstoss

2022/159

Geschäftstyp:	Postulat
Titel:	Bürokratie-Abbau für Grenzgänger
Urheber/in:	Christine Frey
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	—
Eingereicht am:	24. März 2022
Dringlichkeit:	—

Seit rund einem Jahr erhalten Grenzgängerinnen und Grenzgänger, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit, einen neuen Ausweis im Kreditkartenformat. Dieser hat den bisherigen Papierausweis abgelöst und erfüllt die heutigen Sicherheitsanforderungen. Gesichtsbild und Unterschrift der Antragsteller werden digital erfasst und auf dem Ausweis abgebildet.

Zuständig für die Ausstellung der neuen Ausweise ist das Kantonale Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (KIGA). Zur Erfassung des Gesichtsbildes und der Unterschrift ist das persönliche Erscheinen im Erfassungszentrum Oberwil erforderlich.

Für Arbeitnehmende aus den Grenzregionen bedeutet dies gleich zweifachen Aufwand. Zuerst müssen sie in die Birsigtaler Gemeinde «pilgern», um die Unterschrift zu leisten und sich fotografieren zu lassen. Der Ausweis wird aber nicht sofort erstellt und ausgehändigt, sondern per Einschreiben dem Empfänger zugestellt, was den zweiten Zeitaufwand auslöst.

Für Arbeitgeber ist dieser Ablauf ebenfalls ein Ärgernis. Aufgrund der Öffnungszeiten (Schalter über Mittag und nach 16.00/17.00 Uhr geschlossen) müssen ihre Mitarbeitenden den Ausweis auf Kosten der Arbeitszeit organisieren.

Im Zeitalter der Digitalisierung ist das ein unhaltbarer Zustand: Der zeitliche und organisatorische Aufwand, den die Grenzgängerinnen und Grenzgänger investieren müssen, kann durch den Einsatz digitaler Technologien auf null reduziert werden.

Die Regierung wird daher gebeten zu prüfen und zu berichten:

1. wie diese unnötige bürokratische Hürde für die Grenzgängerinnen und Grenzgänger abgebaut werden kann;
 2. ob es im Kompetenzbereich des KIGA weitere Bereiche gibt, die digitalisiert werden können, mit dem Ziel, unnötigen Bürokratieaufwand für Arbeitnehmerinnen und Arbeitgeber zu vermeiden.
-